

Internationales Pflanzenschutzübereinkommen

Abgeschlossen in Rom am 6. Dezember 1951

Revidiert in Rom am 28. November 1979

Von der Bundesversammlung genehmigt am 20. März 1996²

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 26. September 1996

In Kraft getreten für die Schweiz am 26. September 1996

(Stand am 21. Mai 2014)

Präambel

Die Vertragsparteien – in Erkenntnis der Nützlichkeit internationaler Zusammenarbeit beim Kampf gegen Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse und gegen ihre Verbreitung, insbesondere ihre Einschleppung über die Grenzen der einzelnen Staaten hinweg, sowie in dem Wunsch, eine enge Koordinierung der hierauf gerichteten Massnahmen zu gewährleisten – haben folgendes vereinbart:

Art. I Ziel und Verpflichtungen

(1) Um ein gemeinsames und wirkungsvolles Vorgehen gegen die Verbreitung und Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse sicherzustellen und die Einführung von Bekämpfungsmassnahmen zu fördern, verpflichten sich die Vertragsparteien, die gesetzgeberischen, technischen und Verwaltungsmassnahmen zu treffen, die in diesem Übereinkommen und in den von den Vertragsparteien auf Grund des Artikels III angenommenen Ergänzungsübereinkommen näher bezeichnet sind.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in ihrem Hoheitsgebiet dafür zu sorgen, dass die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Massnahmen durchgeführt werden.

Art. II Anwendungsbereich

(1) In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck «Pflanzen» lebende Pflanzen und Teile lebender Pflanzen einschliesslich derjenigen Sämereien, bezüglich deren die Vertragsparteien die Einführungsüberwachung nach Artikel VI oder die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen nach Artikel IV Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer iv) und Artikel V für erforderlich halten; der Ausdruck «Pflanzenerzeugnisse» bezeichnet die nicht verarbeiteten Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs (einschliesslich der Sämereien, die nicht unter den Begriff «Pflanzen» fallen), sowie diejenigen verarbeiteten Erzeugnisse, die ihrer Natur nach oder wegen der Art ihrer Verarbeitung die Gefahr einer Verbreitung von Schadorganismen hervorrufen können.

AS 1997 1515; BBl 1995 IV 629

¹ Der Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² AS 1997 1514

(2) In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck «Schadorganismus» jede Form pflanzlichen oder tierischen Lebens sowie jeden Krankheitserreger, die für Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse schädlich sind oder schädlich sein können; der Ausdruck «Quarantäneschadorganismus» bezeichnet einen Schadorganismus von potentieller Bedeutung für die Volkswirtschaft des durch ihn gefährdeten Landes, der in diesem Land noch nicht vorkommt oder zwar schon vorkommt, aber nicht weit verbreitet ist und tatkräftig bekämpft wird.

(3) Dieses Übereinkommen kann erforderlichenfalls, wenn es die Vertragsparteien für zweckmässig halten, auch auf Lager, Beförderungsmittel, Behälter und andere Gegenstände oder anderes Material aller Art Anwendung finden, die Schadorganismen der Pflanzen beherbergen oder verbreiten können, insbesondere auf diejenigen, die beim internationalen Transport verwendet werden.

(4) Dieses Übereinkommen findet vor allem auf Quarantäneschadorganismen Anwendung, die durch den internationalen Handelsverkehr übertragen werden.

(5) Die Begriffsbestimmungen in diesem Artikel sind auf die Anwendung dieses Übereinkommens beschränkt; sie werden nicht angesehen, als berührten sie die Begriffsbestimmungen in Gesetzen oder sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien.

Art. III Ergänzungsübereinkommen

(1) Ergänzungsübereinkommen, die auf bestimmte Gebiete, auf bestimmte Schadorganismen, auf bestimmte Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, auf bestimmte Arten des internationalen Transports von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen Anwendung finden oder Ergänzungsübereinkommen, die in anderer Weise auf die Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens gerichtet sind, können von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (im folgenden als «FAO» bezeichnet) entweder auf Empfehlung einer Vertragspartei oder aus eigener Initiative ausgearbeitet werden, um bestimmte Probleme des Pflanzenschutzes zu lösen, die besondere Aufmerksamkeit oder besondere Massnahmen erfordern.

(2) Jedes derartige Ergänzungsübereinkommen tritt für jede Vertragspartei in Kraft, nachdem es nach Massgabe der Satzung der FAO³ und der Geschäftsordnung der Organisation angenommen worden ist.

Art. IV Organisation des Pflanzenschutzes in den einzelnen Staaten

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, innerhalb kürzester Frist und nach bestem Vermögen Vorkehrungen zu treffen für

- a) die Einrichtung einer amtlichen Pflanzenschutzorganisation mit folgenden Hauptaufgaben:
 - i) Untersuchung von Pflanzen während des Wachstums, von bebauten Flächen (einschliesslich Felder, Kulturen, Baumschulen, Gärten und Gewächshäuser) sowie von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen, die eingelagert sind oder sich auf dem Transport befinden, insbesondere um

³ SR 0.910.5

Vorhandensein, Auftreten und Verbreitung von Schadorganismen der Pflanzen zu melden und sie zu bekämpfen;

- ii) Untersuchung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen im internationalen Handelsverkehr und erforderlichenfalls Untersuchung von Sendungen sonstiger Artikel oder Waren, die im internationalen Handelsverkehr unter solchen Bedingungen befördert werden, dass sie gelegentlich zu Trägern von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse werden können, sowie Untersuchung und Überwachung von Lagereinrichtungen und Beförderungsmittel jeder Art, die im internationalen Handelsverkehr benutzt werden, gleichviel, ob es sich um Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse oder sonstige Waren handelt, insbesondere um die Verbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse über Staatsgrenzen hinweg zu verhindern;
 - iii) Entwesung oder Entseuchung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen im internationalen Handelsverkehr sowie der hierbei verwendeten Behälter (einschliesslich Verpackungsmaterial oder sonstiges Begleitmaterial jeder Art im Zusammenhang mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen), Lagereinrichtungen und Beförderungsmittel jeder Art;
 - iv) Ausstellung von Zeugnissen über den Pflanzengesundheitszustand und den Ursprung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen (im folgenden als «Pflanzengesundheitszeugnisse» bezeichnet);
- b) Weitergabe im Inland von Informationen über Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse sowie über Vorbeugungs- und Bekämpfungsmittel;
 - c) Forschungen und Untersuchungen auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes.

(2) Jede Vertragspartei legt dem Generaldirektor der FAO einen Bericht über den Tätigkeitsbereich ihrer innerstaatlichen Organisation für Pflanzenschutz und über Veränderungen in dieser Organisation vor; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht sämtlichen Vertragsparteien.

Art. V Pflanzengesundheitszeugnisse

(1) Jede Vertragspartei trifft die Massnahmen, die zur Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen erforderlich sind; diese Zeugnisse müssen den bei den anderen Vertragsparteien geltenden Bestimmungen über Pflanzenschutz sowie den nachstehenden Vorschriften entsprechen:

- a) Die Untersuchung von Sendungen und die Ausstellung von Zeugnissen dürfen nur von fachlich qualifizierten und ordnungsgemäss beauftragten Bediensteten oder von ihnen unmittelbar unterstehenden Personen vorgenommen werden. Dieses Personal muss über die erforderlichen Kenntnisse und Informationen verfügen und seine Aufgaben unter solchen Umständen wahrnehmen, dass die Behörden der Einfuhrstaaten diese Zeugnisse als glaubwürdige Urkunden anerkennen können.

- b) Die Zeugnisse für die Ausfuhr oder Wiederausfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sind nach den im Anhang zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern abzufassen.
- c) Nicht beglaubigte Änderungen oder Streichungen machen die Zeugnisse ungültig.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, als Begleitpapiere für Sendungen von in ihr Hoheitsgebiet eingeführten Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen keine Pflanzengesundheitszeugnisse zu verlangen, die nicht den in der Anlage zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern entsprechen. Jede Forderung nach Zusatzerklärungen ist auf ein Mindestmass zu beschränken.

Art. VI Einfuhrbestimmungen

(1) Die Vertragsparteien sind in vollem Umfang befugt, die Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen zu regeln, um die Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse in ihr Hoheitsgebiet zu verhindern; zu diesem Zweck können sie

- a) für die Einfuhr von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen Einschränkungen oder Bedingungen vorschreiben;
- b) die Einfuhr bestimmter Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse oder bestimmter Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen verbieten;
- c) bestimmte Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen untersuchen oder unter Quarantäne stellen;
- d) Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen, welche die unter Buchstabe a) oder b) vorgesehenen Bedingungen nicht erfüllen, enteuchen, entwesen oder vernichten oder ihre Einfuhr verbieten oder verlangen, dass diese Sendungen entseucht, entwest oder vernichtet oder aus dem Land entfernt werden;
- e) eine Liste der Schadorganismen erstellen, deren Einführung verboten oder eingeschränkt ist, weil sie eine potentielle wirtschaftliche Bedeutung für das betreffende Land haben.

(2) Um den internationalen Handel so wenig wie möglich zu behindern, verpflichtet sich jede Vertragspartei, die in Absatz 1 bezeichnete Überwachung unter Beachtung folgender Bestimmungen auszuführen:

- a) Die Vertragsparteien dürfen auf Grund ihrer Pflanzenschutzvorschriften keine der in Absatz 1 bezeichneten Massnahmen treffen, sofern diese nicht durch Erfordernisse der Pflanzengesundheit bedingt sind.
- b) Jede Vertragspartei, die für die Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen in ihr Hoheitsgebiet Einschränkungen oder Bedingungen vorschreibt, hat diese Einschränkungen und Bedingungen zu veröffentlichen und umgehend der FAO, jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, sowie allen anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien mitzuteilen.

- c) Jede Vertragspartei, die im Rahmen ihrer Pflanzenschutzvorschriften die Einfuhr von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen verbietet, hat ihren mit Gründen versehenen Beschluss zu veröffentlichen und die FAO, jede regionale Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, sowie alle anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien umgehend davon zu unterrichten.
 - d) Jede Vertragspartei, die bestimmte Grenzübergangsstellen für die Einfuhr einzelner Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse vorschreibt, hat diese Stellen so auszuwählen, dass der internationale Handel nicht unnötig behindert wird. Die Vertragspartei hat ein Verzeichnis dieser Grenzübergangsstellen zu veröffentlichen und der FAO, jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, sowie allen anderen unmittelbar betroffenen Vertragsparteien mitzuteilen. Solche Einschränkungen sind nur zulässig, wenn die betreffenden Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse von Pflanzengesundheitszeugnissen begleitet sein müssen oder wenn sie einer Untersuchung oder Behandlung zu unterziehen sind.
 - e) Die durch die Pflanzenschutzorganisation einer Vertragspartei vorzunehmende Untersuchung von Sendungen von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen, die zur Einfuhr bestimmt sind, hat innerhalb einer möglichst kurzen Frist zu erfolgen; hierbei ist auf die Verderblichkeit dieser Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse gebührend Rücksicht zu nehmen. Wird festgestellt, dass eine kommerzielle oder mit Zeugnissen versehene Sendung von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen nicht den gesetzlichen Pflanzenschutzvorschriften des Einfuhrstaats entspricht, so hat die Pflanzenschutzorganisation des Einfuhrstaats dafür zu sorgen, dass die Pflanzenschutzorganisation des Ausfuhrstaats gebührend unterrichtet wird. Wird die Sendung ganz oder teilweise vernichtet, so ist der Pflanzenschutzorganisation des Ausfuhrstaats unverzüglich ein amtlicher Bericht zu übermitteln.
 - f) Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass ohne Gefährdung ihrer eigenen pflanzlichen Erzeugung ihre Erfordernisse in Bezug auf die Zeugnisvorlage auf ein Mindestmass beschränkt werden, insbesondere für Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse, die nicht als Pflanzmaterial bestimmt sind, wie zum Beispiel Getreide, Obst, Gemüse und Schnittblumen.
 - g) Die Vertragsparteien können unter Einhaltung der erforderlichen Vorsichtsmassnahmen Vorkehrungen für die Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sowie Proben von Schadorganismen für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung oder der Ausbildung treffen. Die erforderlichen Vorsichtsmassnahmen müssen gleichfalls bei der Einfuhr von biologischen Bekämpfungsmitteln und von als nützlich geltenden Organismen getroffen werden.
- (3) Dieser Artikel findet auf den Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien keine Anwendung, es sei denn, dass diese Massnahmen zum Schutz ihrer eigenen Pflanzen erforderlich sind.

(4) Die FAO übermittelt in kurzen Abständen allen Vertragsparteien und den regionalen Pflanzenschutzorganisationen die bei ihr eingegangenen Informationen (nach Abs. 2 Bst. b), c) und d)) über Einfuhrbeschränkungen, -bedingungen, -verbote und -bestimmungen.

Art. VII Internationale Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien arbeiten so weit wie möglich bei der Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens zusammen, insbesondere in folgender Weise:

- a) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, mit der FAO bei der Errichtung eines Weltinformationsdienstes über Schadorganismen der Pflanzen zusammenzuarbeiten, wobei sie sich in vollem Umfang der diesbezüglichen Einrichtungen und Dienste bestehender Organisationen bedient und nach Errichtung dieses Dienstes der FAO zur Verteilung an die Vertragsparteien regelmässig folgende Informationen zu übermitteln:
 - i) Berichte über Vorhandensein, Auftreten und Verbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse, die wirtschaftlich von Bedeutung sind und eine unmittelbare oder mögliche Gefahr bedeuten können;
 - ii) Informationen über Verfahren, die sich bei der Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse als wirksam erwiesen haben.
- b) Jede Vertragspartei verpflichtet sich zu einer möglichst weitgehenden Beteiligung an jeder besonderen Kampagne zur Bekämpfung besonders gefährlicher Schadorganismen, welche die Pflanzenerzeugung ernstlich bedrohen können und Massnahmen auf internationaler Ebene erforderlich machen.

Art. VIII Regionale Pflanzenschutzorganisationen

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Zusammenarbeit bei der Errichtung regionaler Pflanzenschutzorganisationen in geeigneten Gebieten.
- (2) Die Organisationen nehmen in den ihnen unterstehenden Gebieten Koordinierungsaufgaben wahr, beteiligen sich an verschiedenen Massnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens und sammeln und verbreiten gegebenenfalls Informationen.

Art. IX Beilegung von Streitigkeiten

- (1) Ergeben sich Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass eine von einer anderen Vertragspartei getroffene Massnahme mit den Verpflichtungen unvereinbar ist, die dieser nach den Artikeln V und VI obliegen, insbesondere bezüglich der Gründe eines Verbots oder einer Beschränkung der Einfuhr von Pflanzen oder Pflanzenerzeugnissen aus dem Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei, so kann die beteiligte Regierung oder so können die beteiligten Regierungen den Generaldirektor der FAO ersuchen, einen Ausschuss zur Prüfung der Streitigkeit einzusetzen.

(2) Der Generaldirektor der FAO ernennt daraufhin im Benehmen mit den beteiligten Regierungen einen Sachverständigenausschuss, dem Vertreter dieser Regierungen angehören. Dieser Ausschuss prüft die Streitigkeit unter Berücksichtigung aller von den beteiligten Regierungen vorgelegten sachdienlichen Unterlagen und Beweismittel. Der Ausschuss erstattet dem Generaldirektor der FAO Bericht; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht den beteiligten Regierungen und den Regierungen der anderen Vertragsparteien.

(3) Die Vertragsparteien erkennen zwar den Empfehlungen dieses Ausschusses keinen verbindlichen Charakter zu, vereinbaren aber, dass die beteiligten Regierungen sie jeder neuerlichen Prüfung der Streitfrage zugrunde zu legen haben.

(4) Die beteiligten Regierungen tragen die Kosten, die durch den den Sachverständigen erteilten Auftrag verursacht werden, zu gleichen Teilen.

Art. X Ersetzung früherer Übereinkünfte

Dieses Übereinkommen setzt in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien die Internationale Reblaus-Konvention vom 3. November 1881⁴, das Berner Zusatzabkommen vom 15. April 1889⁵ und das Internationale Pflanzenschutzabkommen von Rom vom 16. April 1929 ausser Kraft und tritt an ihre Stelle.

Art. XI Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts oder jederzeit danach dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung übermitteln, dass dieses Übereinkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete Anwendung findet, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt; das Übereinkommen tritt mit dem dreissigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor für alle darin bezeichneten Hoheitsgebiete in Kraft.

(2) Jeder Staat, der dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung nach Absatz 1 übermittelt hat, kann jederzeit eine neue Erklärung übermitteln, durch die der Geltungsbereich einer früheren Erklärung geändert oder die Anwendung des Übereinkommens auf ein bestimmtes Hoheitsgebiet beendet wird. Die Änderung oder die Beendigung der Anwendung wird mit dem dreissigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor wirksam.

(3) Der Generaldirektor der FAO unterrichtet alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten von den nach diesem Artikel eingegangenen Erklärungen.

Art. XII Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten bis zum 1. Mai 1952 zur Unterzeichnung auf; es ist so bald wie möglich zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt; dieser benachrichtigt alle Unterzeichnerstaaten vom Zeitpunkt der Hinterlegung.

⁴ [BS 14 188. AS 1954 316]

⁵ [AS 11 338. AS 1954 316]

(2) Die Staaten, welche dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, können ihm nach seinem Inkrafttreten gemäss Artikel XIV beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der FAO; dieser benachrichtigt alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten.

Art. XIII Änderung

(1) Jeder Änderungsvorschlag einer Vertragspartei zu diesem Übereinkommen wird dem Generaldirektor der FAO übermittelt.

(2) Jeder Änderungsvorschlag, den eine Vertragspartei beim Generaldirektor der FAO einbringt, wird einer ordentlichen oder ausserordentlichen Tagung der Konferenz der FAO zur Genehmigung vorgelegt; werden mit einem Antrag wichtige Änderungen technischer Art vorgeschlagen oder legt er den Vertragsparteien zusätzliche Verpflichtungen auf, so wird er von einem beratenden Sachverständigenausschuss geprüft, der von der FAO vor der Konferenz einberufen wird.

(3) Jeder Änderungsvorschlag wird den Vertragsparteien spätestens mit der Übersendung der Tagesordnung der Tagung der Konferenz, auf der dieser Vorschlag geprüft werden soll, durch den Generaldirektor der FAO bekanntgegeben.

(4) Jeder Änderungsvorschlag bedarf der Zustimmung der Konferenz der FAO; die Änderung tritt mit dem dreissigsten Tag nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Vertragsparteien in Kraft. Änderungen, die neue Verpflichtungen der Vertragsparteien mit sich bringen, treten jedoch für jede Vertragspartei erst in Kraft, nachdem sie von ihr angenommen worden sind, und zwar mit dem dreissigsten Tag nach dieser Annahme.

(5) Die Urkunden über die Annahme von Änderungen, die neue Verpflichtungen mit sich bringen, werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt; dieser setzt alle Vertragsparteien vom Eingang der Annahmearkunden und vom Inkrafttreten der Änderungen in Kenntnis.

Art. XIV Inkrafttreten

Sobald dieses Übereinkommen von drei Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden ist, tritt es zwischen ihnen in Kraft. Für die anderen Staaten tritt es mit Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Art. XV Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generaldirektor der FAO gerichtete Notifikation jederzeit kündigen. Der Generaldirektor setzt alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten hiervon sofort in Kenntnis.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generaldirektor der FAO wirksam.

*Anhang***Muster eines Pflanzengesundheitszeugnisses**

Pflanzenschutzdienst Nr.:

von:

an: Pflanzenschutzdienst(e)

von:

Beschreibung der Sendung

Name und Adresse des Absenders:

Name und Adresse des Empfängers:

Zahl und Beschreibung der Stücke:

Unterscheidungsmerkmale:

Ursprung:

Vorgesehenes Transportmittel

Vorgesehener Grenzüberschrittsort:

Name des Erzeugnisses und angegebene Menge:

Botanischer Name der Pflanze:

Es wird hiermit bescheinigt, dass die oben beschriebenen Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse untersucht und frei von Quarantäneschadorganismen und praktisch frei von anderen gefährlichen Schadorganismen befunden wurden und dass sie als den bestehenden Pflanzenschutzvorschriften des Bestimmungslandes entsprechend anzusehen sind.

Entseuchung und/oder Desinfizierung

Datum: Behandlung:

Chemikalie (Wirkstoff):

Dauer und Temperatur:

Konzentration:

Sonstige Angaben:

.....

Zusätzliche Erklärung:

Ort der Ausstellung: Name des amtl. Beauftragten:

Dienstsiegel Datum:

..... Unterschrift:

Mit diesem Zeugnis wird keine finanzielle Haftung seitens des (Name des Pflanzenschutzdienstes) oder seiner Organe übernommen.*

* Optionsklausel

Muster eines pflanzensanitären Weiterverwendungszeugnisses

Pflanzenschutzdienst Nr.:
 von: (Weiterverland)
 an: Pflanzenschutzdienst(e)
 von: (Bestimmungsland/Bestimmungsländer)

Beschreibung der Sendung

Name und Adresse des Absenders:
 Name und Adresse des Empfängers:
 Zahl und Beschreibung der Stücke:
 Unterscheidungsmerkmale:
 Ursprung:
 Vorgesehenes Transportmittel:
 Vorgesehener Grenzübertrittsort:
 Name des Erzeugnisses und angegebene Menge:
 Botanischer Name der Pflanzen:

Hiermit wird bescheinigt, dass die oben beschriebenen Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse aus (Ursprungsland) nach (Weiterverland) eingeführt worden sind und dass ihnen das Pflanzengesundheitszeugnis Nr. dessen Original *) oder beglaubigte Kopie *) im Anhang vorliegt, beigelegt war; dass sie in ihrer ursprünglichen Verpackung *) in einer neuen Verpackung *) befördert werden; dass auf Grund des *) ursprünglichen Pflanzengesundheitszeugnisses *) und einer zusätzlichen Untersuchung *) die obgenannten Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse als den geltenden Pflanzenschutzvorschriften des Bestimmungslandes entsprechend befunden worden sind und während ihrer Einlagerung in (Weiterverland) keiner Gefahr eines Befalls oder einer Infizierung ausgesetzt waren.

*) Zutreffendes jeweils ankreuzen.

Entseuchung und/oder Desinfizierung

Datum: Behandlung:
 Chemikalie (Wirkstoff):
 Dauer und Temperatur:
 Konzentration:
 Sonstige Angaben:
 Zusätzliche Erklärung:

Ort der Ausstellung: Name des amtl. Beauftragten:
 Dienstsiegel Datum:
 Unterschrift:

Mit diesem Zeugnis wird keine finanzielle Haftung seitens des (Name des Pflanzenschutzdienstes) oder seiner Organe übernommen.**

** Optionsklausel

Geltungsbereich am 21. Mai 2014⁶

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	5. Juni	2013 B	5. Juni	2013
Ägypten	22. Juli	1953	22. Juli	1953
Albanien	29. Juli	1999 B	29. Juli	1999
Algerien	1. Oktober	1985 B	1. Oktober	1985
Antigua und Barbuda	24. Januar	2006 B	24. Januar	2006
Äquatorialguinea	27. August	1991	27. August	1991
Argentinien	23. September	1954 B	23. September	1954
Armenien	9. Juni	2006 B	9. Juni	2006
Aserbaidschan	8. August	2000 B	8. August	2000
Äthiopien	20. Juni	1977 B	20. Juni	1977
Australien	27. August	1952	27. August	1952
Nauru	9. August	1954 B	8. September	1954
Norfolk-Insel	9. August	1954 B	8. September	1954
Bahamas	19. September	1997 B	19. September	1997
Bahrain	29. März	1971 B	29. März	1971
Bangladesch	1. September	1978 B	1. September	1978
Barbados	6. Dezember	1976 B	6. Dezember	1976
Belarus	21. Februar	2005 B	21. Februar	2005
Belgien	22. Juli	1952	22. Juli	1952
Belize	14. Mai	1987 B	14. Mai	1987
Benin	12. Oktober	2010 B	12. Oktober	2010
Bhutan	20. Juni	1994 B	20. Juni	1994
Bolivien	27. Oktober	1960 B	27. Oktober	1960
Bosnien und Herzegowina	30. Juli	2003 B	30. Juli	2003
Botsuana	30. Juni	2009	30. Juni	2009
Brasilien	14. September	1961	14. September	1961
Bulgarien	8. November	1991 B	8. November	1991
Burkina Faso	8. Juni	1995 B	8. Juni	1995
Burundi	3. April	2006 B	3. April	2006
Chile	11. März	1952	3. April	1952
China ^a	20. Oktober	2005 B	20. Oktober	2005
Macau	20. Oktober	2005	20. Oktober	2005
Cook-Inseln	2. Dezember	2004 B	2. Dezember	2004
Costa Rica	23. Juli	1973	23. Juli	1973
Côte d'Ivoire	17. Dezember	2004 B	17. Dezember	2004
Dänemark ^b	13. Februar	1953	13. Februar	1953
Deutschland	3. Mai	1957	3. Mai	1957

⁶ AS 1997 1515, 2007 599, 2008 41 4023, 2011 2303 und 2014 1321.

Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Dominica	30. März	2006 B	30. März	2006
Dominikanische Republik	23. Juni	1952 B	23. Juni	1952
Dschibuti	25. März	2008 B	25. März	2008
Ecuador	9. Mai	1956	9. Mai	1956
El Salvador	12. Februar	1953	12. Februar	1953
Eritrea	6. April	2001 B	6. April	2001
Estland	7. Dezember	2000 B	7. Dezember	2000
Europäische Union	6. Oktober	2005 B	6. Oktober	2005
Fidschi	10. August	2005 B	10. August	2005
Finnland	22. Juni	1960 B	22. Juni	1960
Frankreich	20. August	1957	20. August	1957
Gabun	23. April	2008 B	23. April	2008
Georgien	8. März	2007 B	8. März	2007
Ghana	22. Februar	1991 B	22. Februar	1991
Grenada	27. November	1985 B	27. November	1985
Griechenland	9. Dezember	1954 B	9. Dezember	1954
Guatemala	25. Mai	1955	25. Mai	1955
Guinea	22. Mai	1991 B	22. Mai	1991
Guinea-Bissau	24. Oktober	2007 B	24. Oktober	2007
Guyana	31. August	1970 B	31. August	1970
Haiti	6. November	1970 B	6. November	1970
Honduras	30. Juli	2003 B	30. Juli	2003
Indien	9. Juni	1952	9. Juni	1952
Indonesien*	21. Juni	1977	21. Juni	1977
Irak	1. Juli	1954 B	1. Juli	1954
Iran	18. September	1972 B	18. September	1972
Irland	31. März	1955	31. März	1955
Island	11. April	2005 B	11. April	2005
Israel	3. September	1956	3. September	1956
Italien	3. August	1955	3. August	1955
Jamaika	24. November	1969 B	24. November	1969
Japan	11. August	1952	11. August	1952
Jemen	20. Dezember	1990 B	20. Dezember	1990
Jordanien	24. April	1970 B	24. April	1970
Kambodscha	10. Juni	1952 B	10. Juni	1952
Kamerun	5. April	2006 B	5. April	2006
Kanada	10. Juli	1953	10. Juli	1953
Kap Verde	19. März	1980 B	19. März	1980
Kasachstan	13. September	2010 B	13. September	2010
Katar	8. Juni	2006 B	8. Juni	2006
Kenia	7. Mai	1974 B	7. Mai	1974
Kirgisistan	11. Dezember	2003 B	11. Dezember	2003
Kolumbien	26. Januar	1970	26. Januar	1970
Komoren	17. Januar	2007 B	17. Januar	2007

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)	Inkrafttreten
Kongo (Brazzaville)	14. Dezember 2004 B	14. Dezember 2004
Korea (Nord-)	25. August 2003 B	25. August 2003
Korea (Süd-)	8. Dezember 1953 B	8. Dezember 1953
Kroatien	14. Mai 1999 B	14. Mai 1999
Kuba	14. April 1976	14. April 1976
Kuwait	7. März 2006 B	7. März 2006
Laos	28. Februar 1955 B	28. Februar 1955
Lesotho	24. Oktober 2013 B	24. Oktober 2013
Lettland	18. August 2003 B	18. August 2003
Libanon	18. September 1970 B	18. September 1970
Liberia	2. Juli 1986 B	2. Juli 1986
Libyen	9. Juli 1970 B	9. Juli 1970
Litauen	12. Januar 2000 B	12. Januar 2000
Luxemburg	13. Januar 1955	13. Januar 1955
Madagaskar	24. Mai 2006 B	24. Mai 2006
Malawi	21. Mai 1974 B	21. Mai 1974
Malaysia	17. Mai 1991 B	17. Mai 1991
Malediven	3. Oktober 2006 B	3. Oktober 2006
Mali	31. August 1987 B	31. August 1987
Malta	13. Mai 1975 B	13. Mai 1975
Marokko	12. Oktober 1972 B	12. Oktober 1972
Mauretanien	29. April 2002 B	29. April 2002
Mauritius	11. Juni 1971 B	11. Juni 1971
Mazedonien	9. August 2004 B	9. August 2004
Mexiko	26. Mai 1976 B	26. Mai 1976
Mikronesien	6. Juli 2007 B	6. Juli 2007
Moldau	25. Januar 2001 B	25. Januar 2001
Mongolei	26. Mai 2009 B	26. Mai 2009
Montenegro	27. Juli 2009 B	27. Juli 2009
Mosambik	15. Mai 2008 B	15. Mai 2008
Myanmar	26. Mai 2006 B	26. Mai 2006
Namibia	23. Februar 2007 B	23. Februar 2007
Nepal	8. Mai 2006 B	8. Mai 2006
Neuseeland	16. September 1952	16. September 1952
Nicaragua	2. August 1956 B	2. August 1956
Niederlande	29. Oktober 1954	29. Oktober 1954
Niger	4. Juni 1985 B	4. Juni 1985
Nigeria	17. August 1993 B	17. August 1993
Niue	27. Oktober 2005 B	27. Oktober 2005
Norwegen	23. April 1956 B	23. April 1956
Oman	23. Januar 1989 B	23. Januar 1989
Österreich	22. Oktober 1952	22. Oktober 1952
Pakistan	10. November 1954 B	10. November 1954
Palau	23. Juni 2006 B	23. Juni 2006

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Panama	14. Februar	1968 B	14. Februar	1968
Papua-Neuguinea	1. Juni	1976 B	1. Juni	1976
Paraguay	5. April	1968 B	5. April	1968
Peru	1. Juli	1975	1. Juli	1975
Philippinen	3. Dezember	1953	3. Dezember	1953
Polen	29. Mai	1996 B	29. Mai	1996
Portugal	20. Oktober	1955	20. Oktober	1955
Ruanda	26. August	2008 B	26. August	2008
Rumänien*	17. November	1971 B	17. November	1971
Russland	24. April	1956 B	24. April	1956
Salomoninseln	18. Oktober	1978 B	18. Oktober	1978
Sambia	24. Juni	1986 B	24. Juni	1986
Samoa	2. März	2005 B	2. März	2005
São Tomé und Príncipe	7. April	2006 B	7. April	2006
Saudi-Arabien	7. August	2000	7. August	2000
Schweden	30. Mai	1952	30. Mai	1952
Schweiz	26. September	1996	26. September	1996
Senegal	3. März	1975 B	3. März	1975
Serbien	11. Februar	1955	11. Februar	1955
Seychellen	31. Oktober	1996	31. Oktober	1996
Sierra Leone	23. Juni	1981 B	23. Juni	1981
Simbabwe	30. November	2012 B	30. November	2012
Singapur	18. August	2010 B	18. August	2010
Slowakei	24. März	2006 B	24. März	2006
Slowenien	27. Mai	1998 B	27. Mai	1998
Spanien	18. Februar	1952	3. April	1952
Sri Lanka	3. April	1952	3. April	1952
St. Kitts und Nevis	17. April	1990 B	17. April	1990
St. Lucia	23. Oktober	2002 B	23. Oktober	2002
St. Vincent und die Grenadinen	15. November	2001 B	15. November	2001
Südafrika	21. September	1956	21. September	1956
Sudan	16. Juli	1971 B	16. Juli	1971
Südsudan	6. Dezember	2013 B	6. Dezember	2013
Suriname	22. April	1977 N	25. November	1975
Swasiland	12. Juli	2005 B	12. Juli	2005
Syrien	5. November	2003 B	5. November	2003
Tadschikistan	4. Oktober	2010 B	4. Oktober	2010
Tansania	21. Februar	2005 B	21. Februar	2005
Thailand	16. August	1978	16. August	1978
Togo	2. April	1986 B	2. April	1986
Tonga	23. November	2005 B	23. November	2005
Trinidad und Tobago	30. Juni	1970 B	30. Juni	1970
Tschad	15. März	2004 B	15. März	2004
Tschechische Republik	6. April	1994 N	1. Januar	1993

Vertragsstaaten	Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Tunesien	22. Juli	1971 B	22. Juli	1971
Türkei	29. Juli	1988 B	29. Juli	1988
Tuvalu	15. Dezember	2006 B	15. Dezember	2006
Uganda	29. August	2007 B	29. August	2007
Ukraine	31. Mai	2006 B	31. Mai	2006
Ungarn	17. Mai	1960 B	17. Mai	1960
Uruguay	15. Juli	1970	15. Juli	1970
Vanuatu	2. August	2007 B	2. August	2007
Venezuela	12. Mai	1966 B	12. Mai	1966
Vereinigte Arabische Emirate	2. April	2001 B	2. April	2001
Vereinigte Staaten	18. August	1972	18. August	1972
Alle Gebiete, deren internationale Beziehungen von den Vereinigten Staaten wahrgenommen werden	18. August	1972	17. September	1972
Vereinigtes Königreich	7. September	1953	7. September	1953
Guernsey	9. März	1966	8. April	1966
Insel Man	1. Oktober	1953	1. Oktober	1953
Jersey	1. Oktober	1953	31. Oktober	1953
Vietnam	22. Februar	2005 B	22. Februar	2005
Zentralafrikanische Republik	27. Oktober	2004 B	27. Oktober	2004
Zypern	11. Februar	1999 B	11. Februar	1999

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO): www.fao.org/legal eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

^a Das Übereink. gilt nicht für die Besondere Verwaltungsregion (SAR) Hong Kong.

^b Der geänderte Text des Übereink. (1997) gilt nicht für Grönland und die Färöer.

